

2 – Daniel Müller

Frage ÜWG: Daniel, Du bist jetzt schon 4 Jahre im Gemeinderat und hast diese ganzen Querelen mitgemacht und willst Dich nochmal für eine Amtsperiode zur Verfügung stellen – was ist in dieser Situation Deine Motivation?

Daniel Müller: Ja, wir haben vier schwere Jahre hinter uns, aber ich denke mir, aufgrund des Systemwechsels und mit einer neuen Zusammensetzung des Gemeinderats wird das in Zukunft wesentlich besser ablaufen. Da ich in der Arbeitsgruppe Vorbereitung Ressortsystem gewesen bin, habe ich einen gewissen Vorteil und muss mich nicht mehr um Fragen des organisatorischen Ablaufs kümmern, sondern ich kann mich wieder mehr den Sachfragen widmen, welche eminent wichtig sind für Dornach, damit wir endlich weiterkommen. Ich bin überzeugt, mit dem Systemwechsel und mit dem neu zusammengesetzten Gemeinderat wird das zwar eine grosse, aber lösbare Herausforderung sein.

Frage: Sehr schön, da würden wir uns alle freuen. Neben den sachlichen Differenzen haben wir aber zwei eklatante Problemthemen in der Gemeinde, eines davon ist der Missstand in der Sozialbehörde, insbesondere der «Fall Nathalie». Wie würdest Du Dich dafür einsetzen wollen, dass dieser Fall endlich gelöst werden kann?

DM: Die Möglichkeiten des Gemeinderats von Dornach werden jetzt insofern schwierig, da ja die betroffene Familie nicht mehr in Dornach wohnt. Damit haben wir eigentlich keinen direkten Einfluss mehr. Erst wenn vom neuen Wohnort Rückfragen zum Verfahren kommen, kann der hiesige Gemeinderat, bzw. der Ressortleiter Soziales sich der Sache annehmen und Druck aufsetzen zur Klärung und Untersuchung des Verfahrens. Bisher war der Gemeindepräsident Chef der Sozialbehörde, neu wird es der Ressortleiter Soziales sein. Der Anstoss für weitere Untersuchungen muss allerdings von aussen kommen. In der Vergangenheit sind auf die Fragen des Gemeinderats leider nie wirklich befriedigende Antworten von den zuständigen Stellen oder vom Präsidium gekommen.

Frage: Welcher der 17 Kandidaten wäre Dein Wunschkandidat für das Ressort Soziales und Gesundheit? Oder wärst Du allenfalls selbst bereit, dieses Ressort zu übernehmen?

DM: Das ist eine gute Frage, die ich mir auch schon gestellt habe. Ich habe mich in den letzten 4 Jahren um Alters- und Gesundheitsfragen gekümmert und mich bewusst aus der Steuergruppe Sozialregion zurückgezogen, da ich zu wenig dossiersicher gewesen bin. Zudem habe ich noch andere Interessen, das muss man ganz klarsehen. Alternativ könnte ich mir von den KandidatInnen her Edna Baumgartner vorstellen, sie wäre dafür prädestiniert. Sie kümmert sich beruflich um Asylfragen, ich kann mir sie sehr gut in diesem Ressort vorstellen. Sie ist sachlich und in der Zusammenarbeit sehr angenehm.

Frage: Sehr gut. Dann haben wir noch eine andere Baustelle im wahrsten Sinne des Wortes, nämlich die Bauverwaltung. Wie stellst Du Dir vor, wie man dieses Problem mit einem neuen Gemeinderat lösen könnte?

DM: Der Juraweg liegt dem Gemeinderat schon seit 4 Jahren oder sogar noch länger auf dem Magen. Wenn man sich der Geschichte Juraweg annimmt und sich einliest, dann sind von der Bauverwaltung und vom Gemeinderat viele verschiedene Entscheide gefällt sowie Aussagen gemacht worden, die teilweise sehr fragwürdig sind. Letztendlich ist es die Baukommission, welche über Beschwerden befinden muss. Mir sind Unterlagen von einem ehemaligen Bauverwalter bekannt, welche ganz klar bestätigen, dass das was eingereicht worden ist, auch so visiert worden ist. Dass man sich jetzt dermassen gegen eine gütliche und verträgliche Einigung von der Verwaltung aus wehrt, kann ich nicht nachvollziehen. Die Verwaltung ist ein Dienstleistungsbetrieb und sollte helfen – nicht verhindern.

Was ich natürlich als Gemeinderat sagen kann, ist, dass der Gemeinderat bereits 2017 über eine Überarbeitung des alten Gestaltungsplans entschieden und ganz klar den Auftrag an die Bauverwaltung erteilt hat, dass der Gestaltungsplan nach so vielen Jahren angepasst werden muss. Da hat es eine Einsprache gegeben, die im Endeffekt gutgeheissen wurde. Es ist ein Desaster, wie man einen Unternehmer so abstrafen kann und so wenig kompromissbereit ist, auf Probleme einzugehen. Grundsätzlich ist eine Gemeinde ein Dienstleistungsbetrieb. Das fängt bei der Sozialbehörde an, die muss sich die einzelnen Fälle anhören und bearbeiten. Eine Bauverwaltung funktioniert nicht anders. Da kommen Leute mit Projekten und wollen sie umsetzen. Eine Bauverwaltung muss Lösungen unter Beachtung des geltenden Rechts anbieten. In der freien Wirtschaft muss man auch lösungsorientiert arbeiten und gemeinsam nach Lösungen suchen. Hier ist das nicht anders. Man muss mit dem Unternehmer eine gemeinsame Lösung finden, die für alle passt, und nicht den Unternehmer einfach verhungern lassen. Da hat man es in diesem Fall sträflich unterlassen, einen Konsens zu finden.

Frage: Aber Du weisst, dass mehrmals Gesprächsangebote abgelehnt wurden von der Verwaltung?

DM: Das ist sehr wohl bekannt. Ich habe auch im Gemeinderat gefordert, eine Aussprache der beteiligten Parteien durchzuführen. Man ist aber dann nicht wirklich auf diese Forderung eingegangen – es ist klar kommuniziert worden, dass das nicht mein Ressort sei... Ich war auch nicht der einzige Gemeinderat, der darauf hingewiesen hat, dass man das Gespräch suchen sollte. Man ist effektiv vom Präsidium aus nicht darauf eingegangen mit Verweis auf die laufenden Verfahren. Ich kann vielleicht noch einmal auf den Eklat im Wochenblatt Anfang 2019 hinweisen, in welchem der Bauverwalter stark angegriffen wurde. In der Folge hat sich der Gemeindepräsident ohne Rücksprache bzw. ohne Zustimmung des Gemeinderats erlaubt, eine Stellungnahme im Namen des Gemeinderats zu veröffentlichen.

Nach diesem Vorfall habe ich das im Gemeinderat und im Wochenblatt angeprangert mit der Forderung nach einer externen Beurteilung von einem unabhängigen Sachverständigen. Bedauerlicherweise hat man dann einen Solothurner Anwalt beauftragt, der sich der Sache vorwiegend nur aus Sicht der Verwaltung angenommen und damit der Gemeinde einen Bären dienst erwiesen hat. Ich wollte immer eine neutrale Untersuchung und Beurteilung. So hat das beiden Parteien nicht wirklich weitergeholfen. Der Präsident einer Gemeinde ist Vertreter vom Souverän, egal ob Präsidial- oder Ressortsystem. Er muss sich so neutral wie möglich verhalten und das Bestmögliche für alle herausholen. Das ist eine Kunst und ist nicht jedem gegeben. Dieses Ziel hat man beim Fall Juraweg leider nicht erreicht.

Ein Mitglied des Gemeinderats hat auch mehrfach darauf hingewiesen, dass nun nicht unwesentliche Kosten (Steuerausfälle etc.) auf die Gemeinde zukommen werden, wenn die Unternehmung Bankrott geht. Es werden Sozialleistungen erbracht werden müssen, und das kostet die Gemeinde wesentlich mehr Geld, als wenn eine vernünftige Lösung gefunden worden wäre. Es hat mich sehr beeindruckt, wie viele Externe Personen sich für diese Angelegenheit engagiert haben. Ich möchte diese Sache in der kommenden Legislaturperiode zu einem guten Ende bringen. Der Systemwechsel und die neuen Gemeinderäte sind dazu eine gute Ausgangslage.

Frage: Die Lösung wäre dann doch, wenn man auf den Gemeinderatsentscheid vom Mai 2017 zurückkommt, den Gestaltungsplan gemäss Vorschlag des ehemaligen Kreisplaners Leuenberger zu überarbeiten, oder?

DM: Ja, dann wäre das Problem unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben am schlanksten zu lösen und man könnte das Thema beenden. Das ist korrekt.

ÜWG: Lieber Daniel, besten Dank für diese Stellungnahmen und alles Gute für die Wiederwahl!